

Stadt Witten

Der Bürgermeister

Ordnungsamt
Marktstraße 16



Stadt Witten, 58449 Witten

32.31

gegen Postzustellungsurkunde AZ: 75440837Gor

Herrn

Michael Lyhs

Hörder Str. 115

44892 Bochum



Auskunft erteilt:

Frau Gorecki, Zi.Z.8

Telefon: 02302/581 3252

Mail: verkehrsabteilung@stadt-witten.de

Witten, den 08.01.2024

Aktenzeichen: 75440837

Zustellbevollmächtigter/Verteidiger

Geburtsname:

Geburtsdag: 03.11.1986

Geburtsort: Bochum Stadtteil Langendreer

Bußgeldbescheid

Sehr geehrter Herr Lyhs,

Ihnen wird vorgeworfen, am 25.10.2023 um 09:30 Uhr in Witten, Casinostraße vor Haus-Nr. 4 als Halter des PKW, Skoda BO-RG 130E, folgende Verkehrsordnungswidrigkeit(en) begangen zu haben:

Sie parkten im eingeschränkten Haltverbot für eine Zone (Zeichen 290.1, 290.2).
§ 41 Abs. 1 iVm Anlage 2, § 49 StVO; § 24 Abs. 1, 3 Nr. 5 StVG; 52 BKat

Bemerkungen:

Beweismittel:

Zeugen:

Herr Behrensmeier

Wegen dieser Ordnungswidrigkeit(en) wird gegen Sie eine Geldbuße festgesetzt (§ 17 OWiG) in Höhe von
Außerdem haben Sie die Kosten des Verfahrens zu tragen (§§ 105, 107 OWiG i. V. m. §§ 464 (1), 465 StPO)

Geldbuße: 25,00 EUR

Gebühr: 25,00 EUR

Auslagen Verwaltung: 3,50 EUR

Auslagen der Polizei: 0,00 EUR

sonstige Auslagen: 0,00 EUR

Zahlungseingang: 0,00 EUR

Gesamtbetrag: 53,50 EUR

Punkte nach Rechtskraft: 0

Rechtsbehelfsbelehrung, Zahlungsaufforderung sowie Hinweise für den Fall eines Einspruchs siehe Folge-/Rückseite! Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

Zahlungsinformationen

Empfänger: Stadt Witten

IBAN: DE76 4525 0035 0000 0050 90

BIC: WELADED1WTN

Betrag: 53,50 EUR

Verwendungszweck: 0010754408372

(bitte immer angeben!)



Direkt bezahlen
mit QR Code

Rechtsbehelfsbelehrung

Dieser Bußgeldbescheid wird rechtskräftig und vollstreckbar, wenn Sie nicht innerhalb von zwei Wochen nach seiner Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift bei der umseitig genannten Behörde Einspruch einlegen. Wird der Einspruch schriftlich eingelegt, so ist die Frist nur gewahrt, wenn der Einspruch vor Ablauf der Frist bei dieser Behörde eingegangen ist.

Der Einspruch kann bei dieser Behörde auch in elektronischer Form eingelegt werden. Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch die Behörde geeignet sein. Es muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 110c des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in Verbindung mit § 32a Absatz 4 der Strafprozeßordnung eingereicht werden. Die für die Übermittlung und Bearbeitung geeigneten technischen Rahmenbedingungen bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung - ERVV).

Die Erklärung muss in deutscher Sprache abgefaßt sein. Im Rahmen des Einspruchs kann auch eine für Sie nachteiligere Entscheidung (z.B. eine höhere Geldbuße, ggf. Ausdehnung des Verfahrens, ggf. Abschöpfung des rechtswidrig erlangten wirtschaftlichen Vorteils) getroffen werden.

Hilft die Behörde Ihrem Einspruch nicht ab, wird die Sache über die Staatsanwaltschaft dem Amtsgericht vorgelegt. Das Amtsgericht entscheidet über die Beschuldigung auf Grund einer Hauptverhandlung durch Urteil, ohne an den im Bußgeldbescheid enthaltenen Ausspruch gebunden zu sein. Es kann also auch eine für Sie nachteiligere Entscheidung getroffen werden. Das Amtsgericht kann auch ohne Hauptverhandlung durch Beschluss entscheiden, wenn weder Sie noch die Staatsanwaltschaft diesem Verfahren widersprechen.

Sie haben die Möglichkeit, zugleich mit dem Einspruch oder spätestens innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung dieses Bußgeldbescheides sich dazu zu äußern, ob und welche Tatsachen und Beweismittel Sie im weiteren Verfahren zu Ihrer Entlastung vorbringen wollen; dabei steht Ihnen frei, sich zu der Beschuldigung zu äußern oder nichts zur Sache auszusagen. Sie werden darauf hingewiesen, dass Ihnen, falls entlastende Umstände nicht rechtzeitig vorgebracht werden, Nachteile bei der Kostenfestsetzung entstehen können, selbst wenn das Bußgeldverfahren mit einem Freispruch oder einer Einstellung endet.

Falls Sie ohne Verschulden verhindert waren, die Einspruchsfrist einzuhalten, können Sie die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragen. Dieser Antrag muss binnen einer Woche nach Wegfall des Hindernisses (z.B. Ende einer Auslandsreise) bei der Stadt Witten eingehen. Versäumnisgründe müssen glaubhaft gemacht werden (z.B. durch Urkunden, eidesstattliche Versicherung einer anderen Person). Der Antrag ist kostenpflichtig. Mit dem Antrag ist zugleich die versäumte Handlung (Einspruch) nachzuholen.

Zahlungsaufforderung:

Bitte überweisen Sie spätestens **zwei Wochen nach Rechtskraft** (das sind vier Wochen nach Zustellung) dieses Bußgeldbescheides den zu zahlenden Gesamtbetrag auf das angegebene Konto.

Im Falle der Zahlungsunfähigkeit haben Sie der Stadt Witten unter eingehender Begründung rechtzeitig vor Ablauf der Zahlungsfrist mitzuteilen, warum Ihnen die fristgemäße Zahlung nach Ihren wirtschaftlichen Verhältnissen nicht zuzumuten ist. Geeignete Nachweise über Ihre wirtschaftlichen Verhältnisse (z.B. Verdienstbescheinigung des Arbeitgebers) sind beizufügen. Falls Sie weder Geldbuße und Kosten (Gebühren und Auslagen) rechtzeitig bezahlen noch Ihre Zahlungsunfähigkeit rechtzeitig darlegen wird der fällige Betrag zwangsweise beigetrieben. Die Kosten gehen zu Ihren Lasten. **Auch kann das Amtsgericht gemäß § 96 (1) OWiG gegen Sie Erzwingungshaft bis zur Dauer von 6 Wochen anordnen.**

Allgemeine Hinweise:

Bei allen Zahlungen, Einsprüchen und sonstigen Eingaben ist die Angabe des Aktenzeichens unerlässlich. Ohne Aktenzeichen können Ihre Zahlungen und Eingaben nicht verbucht bzw. bearbeitet werden. Ihre Daten werden bis zum Abschluss des Verfahrens und zur kassentechnischen Abwicklung gespeichert und bei Erreichen der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist gelöscht.

Bankverbindung: Stadt Witten, IBAN: DE76 4525 0035 0000 0050 90, BIC: WELADED1WTN

Geldbußen unter 60,00 EUR werden in das Fahrerlaubnisregister nicht eingetragen.